

## **Gespräch am 21.05.2012 zum Baugebiet "An der Mole" im Rathaus Lichtenberg**

Teilnehmer:

Herr Nünthel, Herr Nöske, Herr Peter (BA Lichtenberg)

Herr Joost, Herr Pagel, Herr Storm, Herr Trommer (Initiativen rund um das Ostkreuz)

Wichtige Anliegen der Bürgervertretung, die politisch zu prüfen wären:

- a) Bauflächen WA1 bis WA 3 vom Ufer weg verschieben, um den Uferstreifen zu verbreitern.
- b) Die Sichtachse zum Wasserturm sollte so erhalten bleiben.
- c) Der massive Baukörper MK2 sollte eine Durchquerungsmöglichkeit für Fussgänger und Radfahrer erhalten, damit ein direkter Weg von Stralau zum Ostkreuz möglich ist.
- d) Der Baukörper MI5 sollte reduziert werden in Höhe und Geschossfläche.

Ausserdem wurde besprochen:

- Der notwendige Erlös für zu veräußernde Grundstücke definiert sich aus den Mitteln, die notwendig sind, um öffentliche Straßen und Grünflächen auf dem Baugebiet anzulegen.
- Die bisher voraussichtlichen Erlöse aus den Grundstücksverkäufen an die Fa. Ziel und Padovic im Bereich der allgemeinen Wohngebiete WA 1 bis 3 und MK 1 scheinen dafür auszureichen.
- Die Parzellierung ist eine Entscheidung des Senats. Politische Vorstellungen einer kleinteiligen Aufteilung kann der Bezirk formulieren. Der Senat (Liegenschaftsfond) muss sich aber nicht daran halten.
- Das Pumpenhäuschen ist Teil des Baufeldes MI 5. Der Eigentümer ist nicht die Bahn, sondern das Land Berlin. Ein Interessent könnte es theoretisch jetzt schon erwerben, würde aber keine Baugenehmigung bekommen, da das Grundstück nicht erschlossen ist (Strom, Wasser, Straße).
- Soziale Infrastruktur wie Kita, Nachbarschaftszentrum und (öffentliche) Spielplätze können in Kaufverträgen geregelt werden.
- Ablauf: Die Verwaltung hält am jetzigen B-Plan-Entwurf fest und möchte damit kurzfristig in die erneute Behördenbeteiligung gehen.. Im Ergebnis würden die oben genannten Punkte (a und d) Grundzüge der Planung betreffen, die bei einer späteren Berücksichtigung zu einer erneuten Behördenbeteiligung führen würden. Ein Überarbeitung des B-Plans könnte also (wenn überhaupt) frühestens nach der öffentlichen Auslegung erfolgen. Diese wird in ca. einem Jahr erwartet.

Hans Pagel, Tobias Trommer